

CSU-Fraktion, Unterer Graben 77, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Scharpf

Datum 07.11.2024

Telefon (0841) 9 38 04-15

Telefax (0841) 9 38 04-24

E-Mail fraktion@csu-ingolstadt.de

**Einberufung einer Bürgerversammlung zur geplanten Umnutzung des ARA-Hotels zu einer Gemeinschaftsunterkunft
- Dringlichkeitsantrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 07.11.2024 -**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die CSU-Stadtratsfraktion stellt folgenden **Dringlichkeitsantrag**:

1. Die Stadt Ingolstadt organisiert eine Bürgerversammlung im Stadtteil Nord-Ost zum Thema Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge, in der der Oberbürgermeister persönlich den Bürgerinnen und Bürgern Gehör verschafft.
2. Die Versammlung soll eine Plattform bieten, um Fragen zu beantworten und ein transparentes Bild des geplanten Projekts zu vermitteln. Insbesondere sollen Fragen zu folgenden Themen beantwortet werden, die wir aus unserer Bürgerveranstaltung mitgenommen haben:
 - a. Kann die Entwicklung noch rückgängig gemacht werden?
 - b. Auf welchen rechtlichen Grundlagen wurde die Entscheidung der Stadtverwaltung sowie die der Regierung von Oberbayern getroffen?
 - c. Warum wurde der Stadtrat bei dieser Entscheidung nicht eingebunden?
 - d. Warum schließt man ein ANKER-Zentrum am Stadtrand und zieht stattdessen eine Gemeinschaftsunterkunft in die Nähe von Wohngebieten? Wieso gab es hierzu keine Alternative?
 - e. Welche rechtlichen Möglichkeiten hat die Verwaltung, auf die geplante Belegung einzuwirken?
 - f. Wie haben sich die Erfüllungsquoten der Aufnahme von Flüchtlingen in den letzten drei Jahren in Ingolstadt entwickelt und wie entwickelt sich die Anzahl der Flüchtlinge, die wir nach Königsteiner Schlüssel aufnehmen müssen, wenn wir das P3 schließen.

- g. Werden Umfeldgestaltungen vorgenommen wie z.B. Spielplatz etc.?
- h. Wie wirkt sich die Einrichtung auf Kita- und Schul-Belegungen aus?

Begründung

Im Stadtteil Nordosten ist die Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft im ehemaligen ARA-Hotel geplant. Dieses Vorhaben wirft bei den Anwohnerinnen und Anwohnern Bedenken auf. Dies wurde im Rahmen einer Bürgerveranstaltung deutlich. Der Antrag ist insbesondere deswegen dringlich, da die Bürger darum bitten zeitnah informiert zu werden und wissen möchten, ob man den Fortgang noch beeinflussen, wenn nicht sogar verhindern kann.

Obwohl es wohl richtig ist, dass Nutzungsänderungen auch von der Verwaltung intern abgewickelt werden können, sollte in der Verwaltung doch das Bewusstsein dafür vorhanden sein, dass solch eine Entscheidung mit derart politischer Tragweite, hätte vorher im Stadtrat zumindest einmal zur Diskussion gebracht werden sollen.

Durch die geplante Gemeinschaftsunterkunft entsteht ein neues Nachbarschaftsverhältnis, das für die Anwohnerinnen und Anwohner verständliche Fragen und Bedenken aufwirft. Die Bürgerversammlung bietet die Möglichkeit, diese Fragen offen anzusprechen und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in die Entwicklungen aktiv einzubeziehen. Eine solche Veranstaltung schafft Transparenz, fördert das Vertrauen in die Stadtpolitik und stärkt das Gemeinschaftsgefühl im Stadtteil, statt die Bürgerinnen und Bürger, wie auch uns, vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Für die CSU-Stadtratsfraktion

gez.

Franz Wöhrl

Fraktionsvorsitzender